

Steuermann, geh Du voran!

Wie Deutschland
gerechter werden würde



Die Linke

15.133 steinreiche Menschen.

876 davon geprüft, ob sie ihre Steuern korrekt bezahlt haben. Sage und schreibe 635 der Geprüften (72 Prozent) mussten Steuern nachzahlen. Im Ergebnis 74,8 Millionen Euro Mehreinnahmen.

Nicht auszudenken die Summe, wenn alle überprüft worden wären.

Jetzt, Ex-Finanzminister Lindner und CDU-Merz, bitte mal genau zuhören! Sie wollen unbedingt an der Schuldenbremse festhalten und deshalb muss gespart werden.

Und natürlich möchten Sie das, wie auch die AfD, bei den Rentnerinnen bis hin zu Bürgergeldempfängern machen. Als gäbe es keine Alternative. Da haben wir eine gute Nachricht für Sie alle.

Vielleicht wissen Sie es nicht, aber in Deutschland gab es im Jahr 2023 insgesamt 15.133 „Steuerpflichtige mit bedeutenden Einkünften“. Das hat das Finanzministerium festgestellt. Es handelt sich um Personen mit einem Einkommen von mehr als 500.000 Euro, das aus nichtselbstständiger Arbeit, aus Kapitaleinkünften oder Vermietung stammt.

Der Bundesrechnungshof hat schon 2006 kritisiert, dass nur 15 Prozent der Einkommensmillionäre steuerlich geprüft werden und damals - vor 18 Jahren(!) - Bundesregierung und Bundesländer aufgefordert, die Prüfungsquote zu erhöhen.

Bei 876 der 15.133 Einkommensmillionäre wurden 2023 Steuerprüfungen abgeschlossen. In 635 Fällen mussten Steuern nachgezahlt werden. Summa summarum 74,8 Millionen Euro. Die Prüfungsquote lag 2022 nur noch bei 7,8 Prozent und damit deutlich unter den Vorjahreszahlen.

Grüße an den Bundesrechnungshof!

Zwar sind die SPD und die Grünen nicht mit Worten, aber leider mit „Nichthandeln“ an Ihrer Seite. Die finden das mit den Kürzungen der Sozialleistungen zwar nicht so richtig schick, aber die im letzten Wahlkampf versprochene Reform der Erbschaftssteuer bis hin zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die es in vielen europäischen Ländern gibt, hatten sie in der Ampel dann auch ganz schnell wieder vergessen.

Aber mal abgesehen von der Vermögenssteuer - es wäre ja schon sehr viel geholfen, wenn die Schwerreichen erst mal die Steuern zahlen würden, die heute schon gesetzlich vorgeschrieben sind.

Zugegeben, es war am Anfang ein wenig Ironie im Spiel, als wir FDP und Union (eigentlich auch der AfD) Unkenntnis über diese Fakten unterstellt haben. Natürlich wissen sie das. Sie könnten ohne Weiteres handeln und endlich von den Superreichen in diesem Land einfach nur das einfordern, wozu diese gesetzlich verpflichtet sind. Aber Sie wollen es eben nicht, weil sie als Union, FDP und AfD sich als Bodyguard der Superreichen sehen. Das ist sehr schade. Denn ein anderes Handeln wäre ganz klar ein Steuervorteil. Und zwar für die Allgemeinheit.